

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, den 12. Juli 1930

Verlagsort: Dresden

Belegpreise: Die Tagesausgabe 20 M.R., Familienausgabe 11. Stellenzettel 20 M.R. Die Wochenausgabe, 10 mm breit, 1 M.R. für Belegungen außerhalb des Verbreitungsbereichs 40 M.R. die Belegausgabe 1.80 M.R. Preisgeb. 20 M.R. Im Falle höherer Gewalt erhält jede Belegung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Beleggen-Wertheben u. Zeitung d. Schadensatz.

Gelegentlicher Tafel-Ausgabe Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Mitte 1. Volksstraße 12. Zeitung 2011
und 2012.

Frankreich lockt Italien

Französischer Flottenbau vorläufig eingestellt — Schöne Worte Briands

Flotten und Kolonien

Paris, 11. Juli.

Außenminister Briand erklärte im Außenministerium der Räte und a. die französisch-italienischen Beziehungen seien nur deshalb unterbrochen worden, weil die politische Atmosphäre infolge gewisser Kundgebungen getrübt gewesen sei. Frankreich werde bis zum Dezember kein neues Kreuzerschiff auf Kiel legen, um die Flottenverhandlungen mit Italien zu fördern. Times führt redaktionell hinzu, die französische Regierung weise in ihrer Mitteilung darauf hin, daß der Präsident, den Schiffbau einzustellen, nicht als Annahme des italienischen Anspruchs auf Parität ausgelegt werden dürfe und daß die Hauptargumente in dem italienischen Memorandum weiterhin für Frankreich unanwendbar seien. In einem Peitartikel bezeichnet Times den Schritt der französischen Regierung als „sehr willkommene Nachricht“ und als „außerst praktische Geste“ und bemerkt, die französische Antwort bilde einen wertvollen Beitrag für gute internationale Beziehungen. Wenn Frankreich größte Ruhe bewahre, so könne es — weit davon entfernt, sich etwas zu vergeben — gleichzeitig seine Stärke und seinen Friedenswillen beweisen.

„Echo de Paris“ will in Ergänzung dieser Ausführungen berichten können, daß Briand auch erklärt habe, noch vor Ablauf des Jahres sei eine weitgehende Entspannung in den französisch-italienischen Beziehungen zu erwarten. Es sei völlig unnötig an den Völkerbund zu appellieren, um den Konflikt zu regeln, der seiner Ansicht nach dadurch nur noch verschärft werden würde. Es sei überzeugt, daß in der Flottenfrage, wie auch über Tunis und Tripolitanien eine Verständigung möglich sei. Als Verhandlungsmethode komme diejenige in Betracht, die Rom genommen hat, entweder Verhandlungen von Regierung zu Regierung oder Verhandlungen zwischen Sachverständigen. Die französische Regierung wünsche, daß alle schwierigen Fragen gleichzeitig geregelt würden.

Wie der Pariser Korrespondent der Times meldet, hat Briand gestern abend eine offizielle Mitteilung an Henderson gesandt, in der er ihn von dem Beschluss der französischen Regierung unterrichtet, vor Ende des Jahres keine Schiffe auf Kiel zu legen, um die Flottenverhandlungen mit Italien zu fördern. Times führt redaktionell hinzu, die französische Regierung weise in ihrer Mitteilung darauf hin, daß der Präsident, den Schiffbau einzustellen, nicht als Annahme des italienischen Anspruchs auf Parität ausgelegt werden dürfe und daß die Hauptargumente in dem italienischen Memorandum weiterhin für Frankreich unanwendbar seien. In einem Peitartikel bezeichnet Times den Schritt der französischen Regierung als „sehr willkommene Nachricht“ und als „außerst praktische Geste“ und bemerkt, die französische Antwort bilde einen wertvollen Beitrag für gute internationale Beziehungen.

Flottenvertrag vor dem amerikanischen Senat

Washington, 11. Juli.

Der Senat nahm gestern einen Antrag an, in dem Präsident Hoover aufgefordert wird, alle Dokumente über den Londoner Flottenvertrag dem Senat zur Einsicht zu überlassen. Der Antrag wurde mit 53 gegen 4 Stimmen angenommen. Trotzdem ist tatsächlich ein Sieg der Regierung zu verzeichnen, denn der Antrag wurde vor seiner endgültigen Annahme mit 38 gegen 17 Stimmen dahin geändert, daß der Präsident aufgefordert wird, die Akten vorzulegen, „falls es mit dem öffentlichen Interesse vereinbar“ sei. Dies gibt der Regierung die Möglichkeit, die ihr bedenklich erscheinenden Aktenstüche zurückzuhalten.

Flottenvertrag

vor dem amerikanischen Senat

Washington, 11. Juli.

Der Senat nahm gestern einen Antrag an, in dem Präsident Hoover aufgefordert wird, alle Dokumente über den Londoner Flottenvertrag dem Senat zur Einsicht zu überlassen. Der Antrag wurde mit 53 gegen 4 Stimmen angenommen. Trotzdem ist tatsächlich ein Sieg der Regierung zu verzeichnen, denn der Antrag wurde vor seiner endgültigen Annahme mit 38 gegen 17 Stimmen dahin geändert, daß der Präsident aufgefordert wird, die Akten vorzulegen, „falls es mit dem öffentlichen Interesse vereinbar“ sei. Dies gibt der Regierung die Möglichkeit, die ihr bedenklich erscheinenden Aktenstüche zurückzuhalten.

Naturrecht?

Eine sozialistische Stimme
gegen die Abtreibung

Durch die Aufführung der sogenannten Abtreibungsstücke „Grafschaft“ von Dr. Friedrich Wolf und „§ 218“ von Dr. Gräds, wird die öffentliche Ausprache über diesen Paragraphen, dessen Abschaffung bekanntlich von linksstehenden, vor allem von sozialistischen Kreisen gefordert wird, dauernd in Gang gehalten. Piscator, der Leiter des nach ihm genannten Schauspielkollektivs, bemüht sich, leichte propagandistische Wirkungen aus dem künstlerisch wenig wertvollen Stück des Arztes Dr. Gräds herauszuholen. Piscator schwiebt als Ideal das politisierte Theater vor, das bewußt tendenziös auf die Massen wirken soll, das die politisch radikale Idee, nur wenig künstlerisch überformt, unmittelbar an die Öffentlichkeit heranträgt soll. Die Bühne wird zum Diskussionspodium, zur parlamentarischen Szene, in der das Publikum durch Teilnahme an der Ausprache mitagiert. So endete z. B. im Berliner Wallnertheater die Piscatorische Aufführung von „§ 218“ in einer lebhaften, meist von Zertern geführte Diskussion, die natürlich in die Forderung, den § 218 abzuschaffen, auslief.

Seit einigen Wochen bereit nun Piscator mit seinem Kollektiv die Provinz, an welche die hauptstädtischen Errungenkeiten weitergereicht werden sollen. Der thüringische Kultusminister Dr. Frick hat das Lustspiel Piscators unterstellt, und sein Verbot mit christlichen Anschauungen begründet, die der Abtreibungspropaganda entgegenstehen. Er hat sich dabei als ein Teil jener Kräfte erwiesen, die das Böse (von unserem politischen Standpunkt aus betrachtet) will, doch das Gute schafft. Immerhin dürfte die unerwartete Bandegegnischaft wahrschafft christlich denkenden Kreisen etwas peinlich erscheinen. In vielen Orten, besonders eindrucksvoll in Saarbrücken, hat die christliche Bevölkerung gegen die Aufführung von „§ 218“ protestiert. Diese Proteste sind von der sozialistischen Presse meist als Ausflug bürgerlicher Reaktion und Rücksichtlosigkeit abgetan worden. Die Mehrheit der führenden sozialistischen Kreise betrachtet die Freigabe der Abtreibung als eine Förderung der politischen und ökonomischen Emancipation des Proletariats. Die freie Geburtenregelung wird als Voraussetzung für die Aufzucht des Volkes hingestellt. Frau Abg. Toni Pfnuel legte es in ihrem Vortrag, der von der Freien Sozialistischen Hochschule in Berlin veranstaltet wurde, daß die sozialistischen Genossen sich in den Fragen der Sittlichkeit und Moral noch nicht so stark von der bürgerlichen Ideologie trennen, wie es auf politischem und ökonomischen Gebiet bereits geschehen sei. Der „Vorwärts“ schließt sich solchen Gedanken gern nach an. Im „Abend-Vormärts“ vom 17. Oktober 1929 z. B. wird die freie Geburtenregelung wie schon oben angekündigt, als Voraussetzung für die Aufzucht des Volkes angesehen. Mit großer Geburtslichkeit geht in vielen Fällen eine Erhöhung der Krankheitsziffer einher. Die Tendenz zur Geburtenregelung habe seinewegs den Sinn, den Willen zum Kind zu unterdrücken. Gefordert werden müßt aber eine Umstellung der Sittlichkeitsbegriffe, besonders hinsichtlich der freien Mutterhaft. — Wir entnehmen uns weiter, wie eindeutig darf der frühere Reichsminister Wissell die Abschaffung des § 218 forderte: „Eine Beseitigung des unbedingten „Geburtenwanges“ ist im Interesse der Volksgesundheit und des sozialen Aufstiegs zweifellos geboten.“ Hier erscheint, wenn man es einmal etwas krass formulieren will, die Abtreibung als Mittel des Klassenkampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft.

Wie ungeheuerlich sich solche Aussagen vom Boden der christlichen Sittlichkeit und des Naturrechtes entfernen, dessen wird man erst inne, wenn man die mutigen Ausführungen des sonst auf sozialistischem Standpunkt stehenden Leiters der Saarbrücker Volksschule, Dr. Oskar Hammelbeck, in der „Sozialistischen Volksstimme“ (Nr. 146) Saarbrücken, danebenhält. Es ist unseres Wissens das erstmal, daß von sozialistischer Seite die Abtreibungsfrage ohne politisch-demagogischen Beigeschmac, rein vom Naturrecht her betrachtet wird. Um so gewichtiger muß uns diese Stimme sein im Kampf gegen den jeguellen Liberalismus innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Dr. Hammelbeck formuliert seinen zwischen den Parteiemeinungen ruhenden Standpunkt kurz in folgendem Satz: „Abtreibung darf nicht sein, doch der entschiedene Paragraph“ (218, der, wie Hammelbeck später meint, nicht eine Verbrecher, sondern nur arme, gebezte Frauen trifft) „muß fallen.“ Dr. Hammelbeck erkennt an, daß die ablehnende Haltung der Parteien der Rechten und des Zentrums gegen alle Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung ähnlich wie bei der Ehescheidungsreform mit Notwendigkeit einem „armen sozialistischen Sittengeiste“ entspreche. Es versteht sich von selbst, daß Dr. Hammelbeck als Sozialist nicht unterläßt, die Sünden der liberalen Gesellschaft zu geißeln, welche die heutigen sozialen Zustände verursacht hat. Die Ungeheuerlichkeit der gegenwärtigen sozialen Zustellungen liegt für Dr. Hammelbeck darin: „Menschen sind in der natürlichen Sicherheit ihres inneren Menscheniums so abgestumpft, daß die Abtreibung kaum mehr als eine unangenehme, lächerliche Verirrung, als das

Der Umsang des Haasdorfer Unglücks

151 Tote, davon liegen noch 90 im Kohlenstuhlbegraben

Neurode, 11. Juli.

Die Arbeiten zur Bergung der Toten in Haasdorf nehmen ihren Fortgang. Im Laufe des Donnerstagnachmittags gelang es, noch elf Bergleute der Abteilung 17 aus dem Kurt-Schacht zu bergen. Im Laufe des Nachmittags gelang es endlich, eine der Wettertüren zu öffnen, unter der fünf Tote gefunden wurden. Durch eine zweite Rettungsaktion konnten noch sechs Tote geborgen werden. Obwohl es der eifrigsten, ununterbrochenen Arbeit der Rettungsmaatschaften gelungen ist, weiter vorzudringen, ist doch noch nicht der „Streb“, der eigentliche Stolzeneingang, erreicht, da immer noch die Gase die weitere Vordringen verhindern. Im Laufe des Donnerstags ist der Oberpräsident von Niederschlesien, Lüdemann, an der Unglücksstelle eingetroffen.

Die Verwaltung der Wenzelsausgrube gibt Zahlen an, die nunmehr endgültig zu sein scheinen. Danach arbeiteten im Gesamtstolln 224 Mann. Hier von waren ungeschädigt 14, so daß 210 übrigbleiben, die im Einbruchsgewölbe arbeiteten. Von diesen sind 10 Mann unverletzt gerettet worden und konnten sich sofort in ihre Wohnungen begeben. Verletzt ins Lazarett gebracht worden sind 49 Mann, so daß also insgesamt 59 Mann gerettet worden sind. Tot sind 151 Bergarbeiter, und zwar: 82 Mann der eingeschlossenen 17. Abteilung. Von diesen sind bisher 12 herausgeschafft worden, 70 sind noch eingeschlossen. 55 Mann gehören der 18. Abteilung an. 9 Mann waren im Schacht beschäftigt, ferner konnten 1 Mann bei der drünnen Maschinendarstellung und 4 Beamte ebenfalls nicht gerettet werden.

Gegen 20 Uhr fuhr wieder eine Bergungsgruppe von 20 Mann in den Schacht ein. Die Gase sind zum großen Teil abgezogen, so daß jetzt ohne Maske an die Aufräumarbeiten gegangen wird. Die Aufräumarbeiten sind sehr schwierig, zumal sich die Lage oft ändert. Die noch nicht geborgenen Bergleute sind mit einer starken, fast 1 Meter hohen Kohlenstaubstich bedeckt. Die Bergungsarbeiten schreiten eben deshalb bisher so langsam vorwärts, weil der Kohlenstaub, in dem sich der größte Teil der noch eingeschlossenen Bergleute befindet, 300 Meter unter dem Erdboden liegt und die Stelle, auf der der Haupteinbruch erfolgte, 1000 Meter von dem Eingang des Schachtes entfernt liegt.

Mittags fuhr einer der 49 geretteten Bergleute, Franke, der nur leicht verletzt war, mit in den Unglückschacht ein, um vielleicht an Ort und Stelle Rätheres über das Unglück sagen zu können. Er hielt aber diese Nervenprobe nicht aus, erlitt einen Nervenschlag und mußte von zwei Sanitätern von der Stütze des Gaukens fortgeführt werden.

Über die Ursache des Unglücks weiß man auch jetzt nur, daß es sich um einen Kohlenstaubausbruch von unheutem Ausmaß handelt. Weithin vernehmbar war der dumpfe Knall, so

dass die an Kohlenstaubausbrüche gewohnte Bevölkerung jähes Entsetzen befiehl. Die Bergleute, die nach getaner Arbeit sich im Kreise ihrer Familie oder Kameraden befinden, stürzen eilig nach der Grube, als von schreckensbleichen Lippen, die nur flammeln von dem Unglück Kunde geben, der Alarmruf ertönte. Der Steiger Schwerdiner von der 17. Abteilung fuhr seiner Abteilung sofort nach, um noch zu retten, was zu retten war. Aber er konnte nicht helfen, als erstes Todesopfer wurde er geborgen. Der Steiger Hoffmann geriet bei dem Rettungsversuch in eine Stahlstromleitung und stand gleichfalls den Tod.

Die Bevölkerung ist verzweifelt. Fast an keinem Haus ist der Todesengel vorübergegangen. Hier stelltigt man zwei, dort drei Tote, dort sind es gar acht. Die Wöhnerin, die entbindet, ruft nach ihrem Mann, der den Tod fand. Vieles hat das Leid stark gemacht. Sie schließen sich in ihren Häusern ein. Andere gehen mit tränenspezuliertem Gesicht durch die nächtlich stillen Straßen von Haasdorf. Es ist ein Bild des Elends und Jammers, was diese an sich an Rot und Elend gewohnte Bevölkerung betroffen hat. Vor dem Kriege betrug die Belegschaft des Kurt-Schachtes, des Unglückschachtes, 1400 Mann. Nach dem Kriege seihen die Entlassungen ein, seihen die Rot ein. Noch vor Kurzem sind 400 Bergarbeiter entlassen worden. Einige der Verunglückten standen vor der Entlassung, sie wußten davon, und nun hat sie doch das Bergmannslos erreicht.

Riemand war auf das Unglück vorbereitet. Da immer mit der Gefahr der Kohlenstaubausbrüche gerechnet wurde, hatte man sich auf sie eingestellt und sie allmählich reguliert. Man sorgte durch das maschinelle Schämmverfahren, ein Entlüftungsverfahren, für das Abziehen der Gase. Oder man brachte durch Erhöhungstemperatur mittels elektrischer Fernzündung die Gase rechtzeitig zur Entladung. Noch am Sonntag hatte man die Grube durch das Erhöhungstemperaturverfahren gereinigt, so daß niemand an die Möglichkeit eines Kohlenstaubausbruchs dachte. Und nun haben sich die Naturgewalten als stärker erwiesen. Fest steht, daß der Kohlenstaubausbruch auf dem Kurt-Schacht in Haasdorf, einem Nebenschacht, auf dem zur Zeit nur Deputatohle gefördert wird, erfolgte, sich aber dann mit ungeheurer Geschwindigkeit nach Wölfe, dem Hauptschacht, zwang. So befinden sich die Eingeschlossenen noch im Kurt-Schacht, während die im Hauptschacht Befindlichen bereits geborgen werden konnten. Vom Wölfe-Schacht aus, der besser ausgebaut ist als der Kurt-Schacht, werden auch in erster Linie die Bergungsarbeiten unternommen. Von hier ist auch der größte Teil der Toten geborgen worden.

Für die Geretteten wird nach bestem Kräften gesorgt. Sie befinden sich in Neurode, Ludwigsdorf und Mariashilf in den Krankenhäusern, und man hofft, wenigstens sie am Leben erhalten zu können.

Die heutige Nummer enthält das St. Bernhard-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen.